

2. Januar 2020

# Analyse | Das ist das türkis-grüne Regierungsprogramm

Das Regierungsprogramm für Türkis-Grün ist da: Was hat die neue Regierung vor? Was sind echte Leuchtturmprojekte, wo wird ein bereits eingeschlagener Weg fortgesetzt? Die Redaktion der Kleinen Zeitung analysiert für Sie die wichtigsten Punkte aus dem mehr als 300 Seiten starken Programm.

Von der KLEINE-Redaktion , Design von Michael Sommer

Das türkis-grüne Regierungsprogramm gleicht weniger einem lauen Kompromiss in der Mitte, sondern vereint, wie es **Sebastian Kurz** am Mittwoch formuliert hat, „das Beste aus beiden Welten.“ Die grüne Handschrift ist in den Bereichen Umwelt, Klima, Transparenz, Entwicklungshilfe, Bekämpfung der Kinderarmut unübersehbar, während sich die ÖVP in der Migrations-, Wirtschafts- und Finanzpolitik durchgesetzt hat.

So hält die neue Bundesregierung am Nulldefizit, der Senkung der Körperschaftssteuer, der Steuerentlastung fest. Die Kontrolle der Außengrenze bleibt aufrecht, die umstrittene Sicherungshaft kommt. Das Kopftuchverbot wird auf 14 Jahre ausgeweitet, an den Studiengebühren wird nicht gerüttelt.

**Einschneidend sind die Maßnahmen im Klimabereich.** Österreich soll bereits 2040 klimaneutral werden. Konkret soll die Pendlerpauschale ökologisiert oder eine billiges, österreichweites Öffi-Ticket eingeführt werden. In staatsnahen Betrieben wird die Frauenquote auf 40 Prozent ausgeweitet, umfassend sind auch die Ausweitung der Prüfkompetenz des Rechnungshofes bei den Parteienfinanzen sowie staatsnahen Unternehmen (Senkung von 50 auf 25 Prozent Beteiligung).

## Die wichtigsten Punkte hat die KLEINE-Redaktion für sie in 14 Themenblöcken zusammengefasst:

Das komplette Programm finden Sie hier: [ZUM REGIERUNGS-PROGRAMM](#)

**#3 WIRTSCHAFT**

**#4 LANDWIRTSCHAFT**

**#5 SOZIALES**

**#6 GESUNDHEIT**

**#7 AUSSENPOLITIK**

**#8 BILDUNG**

**Keine großen Überraschungen gibt es im Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung. Sowohl in den Schulen als auch Hochschulen wird das Thema Klima stärker verankert, Digitalisierung und Ausbau der Angebote (Ganztagsschule, Ferienbetreuung, Kindergärten) sind geplant. Die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik und die Geologische Bundesanstalt sollen zum nationalen „Zentrum für Klimaforschung und Daseinsvorsorge fusionieren.**

## Bildung

Das die Themenbereiche Bildung, Forschung und Wissenschaft nicht zu unüberwindlichen Hürden werden würden, war von Beginn an klar. Dennoch ist interessant, wie die Schwerpunkte verteilt sind und welche Vorhaben die Regierung ins Auge fasst.

Die Bildung (also Schulen) wird in die Schwerpunkte „Stärkung der elementaren Bildung“ (sprich: Kindergarten), „Deutschförderung im Bildungssystem“, „Schulorganisation“, „Stärkung der dualen Bildung“ und „Lebensbegleitendes Lernen“ unterteilt. Sind die letzten beiden Punkte eher sehr allgemein gehalten, sind die ersteren Punkte durchaus konkreter:

Ein Ausbau der Kindergartenplätze steht ganz zuoberst im Katalog, es sollen den Gemeinden mehr Mittel in die Hand gegeben werden. Auch in der neuen Regierung wird Deutschförderung ein wichtiges Anliegen sein – Deutschförderklassen bleiben.

Im Bereich der Schulorganisation fällt auf, dass „Klimawandel und ökologisch verantwortungsbewusstes Handeln“ zentral für künftige neue Lehrpläne sein soll. Jeder Schüler soll ein digitales Endgerät erhalten, eine Bildungscloud soll installiert werden. Kosten lassen will man sich schulisches Unterstützungspersonal, Kinder mit Förderungsbedarf werden einerseits in den Regelunterricht einbezogen, andererseits „wird eine qualitativ hochwertige Sonderpädagogik sichergestellt“, wie es heißt.

Speziell für die Bedürfnisse berufstätiger Eltern soll die Ferienbetreuung und der Sommerunterricht weiter ausgebaut werden. Auch „ganztägige Schulformen“ sollen „bedarfsgerecht“ ausgebaut werden. Religionsunterricht oder Ethikunterricht wird für alle Schüler Pflicht.

## Wissenschaft

Im Bereich Wissenschaft ist eine Fortschreibung bisheriger Politik zu erkennen, größere Änderungen sind nicht geplant. Neben der Sicherung der Universitätsbudgets

steht eine Reform der Kettenvertragsregelungen im Raum, was schon lange gefordert wurde. Auch in der neuen Regierung verbleiben die Studiengebühren, die aber im wesentlichen nur Längerstudierende und Ausländer zahlen müssen. Vage wird eine Entwicklung der Pädagogischen Hochschulen (PH) und der Fachhochschulen (FH) angedacht – von einer weitgehenden PH-Autonomie oder Zusatzmitteln für die FH-Forschung ist jedenfalls nicht explizit die Rede.

## Forschung

Ein lange gefordertes Forschungsfinanzierungsgesetz soll für Planungssicherheit sorgen. Auch in der angewandten Forschung soll eine Technologie- und Klimaoffensive den Wünschen beider Regierungsteile nachkommen, die Grundlagenforschung soll durch eine (schon länger angedachte) Exzellenzinitiative gestärkt werden. Ein eigenes "Austrian Micro Data Center" soll Zugriff auf bisher unzugängliche Datenbestände ermöglichen.

Interessant ist die konkrete Absicht, die Geologische Bundesanstalt und die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik zu einem nationalen Zentrum für Klimaforschung und Daseinsvorsorge zu verschmelzen. Immerhin wird seit gefühlt 50 Jahren versucht, die drei österreichischen Wetterdienste zu vereinen (Zentralanstalt, Flugwetter, Militärwetter).

Von **Norbert Swoboda**

**#9 BUNDESHEER**

**#10 JUSTIZ**

**#11 KULTUR**

**#12 TRANSPARENZ**

**#13 FRAUEN**

**#14 SPORT**